

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	588
		TOP:	8
Verhandlung		Drucksache:	338/2017
		GZ:	JB, T
Sitzungstermin:	12.12.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	Vorprojektbeschluss zum Schulstandort Stammheim		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 28.11.2017, öffentlich, Nr. 546
 Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 17.11.2017, GRDs 338/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von der **Schulentwicklung und Raumsituation** am Schulstandort Stammheim wird Kenntnis genommen.
2. Der **Erhöhung der Zügigkeit** der Grundschule Stammheim auf zunächst 4 - 5 Züge und der Park-Realschule auf 3 Züge wird zugestimmt.
3. Dem **Raumprogramm** für die Ganztagsgrundschule mit einer **Gesamtprogrammfläche von 2.555 - 2.918 m²** wird zugestimmt.
4. Dem **Raumprogramm** für die Realschule mit einer **Gesamtprogrammfläche von 2.918 - 3.294 m²** wird zugestimmt.
5. Von den **Ergebnissen des Beteiligungsprozesses** zur Entwicklung und Abstimmung eines Raum- und Funktionsprogramms auf Grundlage des pädagogischen Profils der Schulen wird Kenntnis genommen (s. Anlage 4).

6. Von den **planungsrechtlichen Randbedingungen des Standorts** und den daraus resultierenden Prämissen für die bauliche Umsetzung der Erweiterung wird Kenntnis genommen.
7. Der Entwicklung am Schulstandort, gegliedert in einzelne Bauabschnitte, wird zugestimmt.
 1. Bauabschnitt - vorbereitende Maßnahmen - ist bereits umgesetzt
 2. Bauabschnitt - Interimscontainer mit 8 Unterrichtseinheiten ist gemäß GRDRs 232/2017 in Bearbeitung
 3. Bauabschnitt - erster Erweiterungsbau in Modulbauweise mit 18 Unterrichtseinheiten sowie notwendiger Nebenräume
 4. Bauabschnitt - zweiter Erweiterungsbau (ggf. weiter untergliedert)
 5. Bauabschnitt - Umstrukturierung im Bestand
8. Der Umsetzung des 3. Bauabschnitts als unabhängiger vorgezogener Baustein - geplant als GU-Leistung - wird zugestimmt.
9. Die Verwaltung wird auf der Grundlage der vorgenannten Raumprogramme (Beschlussziffern 3 + 4) mit der Durchführung eines **Vergabeverfahrens zur Planerbeauftragung (VgV-Verfahrens)** für die Realisierung eines ersten Erweiterungsbaus in Modulbauweise (3. Bauabschnitt) bestehend aus 18 Unterrichtsräumen sowie notwendiger Nebenräume (Anteile gemäß Raumprogramm Beschlussziffer 3) für die Grundschule mit Kosten in Höhe von rd. **7,0 Mio. bis 8,6 Mio. Euro** (Grobkostenrahmen auf Basis von Vergleichsobjekten) sowie **500.000 Euro für Ausstattung** beauftragt.
Diese Mittel stehen im THH 400 bei der Projekt-Nummer 7.401908 "Pauschale zum Ausbau von GTS, 3. Ausbaustufe" zur Verfügung und sind auf eine entsprechende Projektnummer umzusetzen.

Die Verwaltung wird weiter beauftragt im Anschluss an das VgV-Verfahren die Vergabe der Planungsaufträge sowie die Planung des ersten Erweiterungsbaus (3. Bauabschnitt) bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI auf Basis des abgestimmten Teil-Raumprogramms durchzuführen.

10. Die Verwaltung wird auf der Grundlage der vorgenannten Raumprogramme (Beschlussziffern 3 + 4) mit der Durchführung eines **Vergabeverfahrens zur Planerbeauftragung (VgV-Verfahrens) mit integriertem Architektenwettbewerb** für die weitere bauliche Entwicklung (Bauabschnitt 4 und folgende) beauftragt. Über das Ergebnis des Wettbewerbs wird im Gemeinderat berichtet. Die Verwaltung wird weiter beauftragt im Anschluss an das VgV-Verfahren und den Wettbewerb die Vergabe der Planungsaufträge sowie die Planung der o. g. Gesamtmaßnahme bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI auf Basis des abgestimmten Raumprogramms durchzuführen.
Hierfür sind **Planungsmittel von rd. 400.000 € für Wettbewerb und VgV-Verfahren sowie 1,9 Mio. Euro für Planung bis LPH3** erforderlich, die im THH 400 bei der Projekt-Nr. 7.401168 "Planungsmittel Erweiterung" sowie durch Umsetzung von Deckungsmitteln aus der Pauschale 7.401908 "Pauschale zum Ausbau von GTS, 3. Ausbaustufe" zur Verfügung stehen.

BM Thürna stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschließt ohne Aussprache einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
Baurechtsamt (2)
 5. BezA Stammheim
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN